

Grüner Rundbrief

Mitgliederzeitschrift für Karlsruhe, Juni 2011



www.gruene-karlsruhe.de

Starke Tage

Von Vorne weg: Keine Angst ich werde jetzt nicht ständig das Vorwort schreiben. Aber, wenn jemand aus dem Vorstand in den Landtag gewählt wird, da verschieben sich manche Prioritäten, es muss improvisiert werden und die Improvisation bin nun ich.

Starke Tage, aber alles der Reihe nach:

Donnerstag, 27. April: Der erste Grüne Stammtisch im Winzerhaus mit rund 20 TeilnehmerInnen darunter viele Neumitglieder. Es gab dort nicht den klassischen Runden Stammtisch, unser war eckig. Aber viel Platz im Lokal mit angenehmen Ambiente und grundsoliden Preisen, was auch kein Nachteil ist. Ebenso die zentrale Lage in der Stadt. Nach einer ausgiebigen Vorstellungsrunde haben wir gemeinsam überlegt wie so ein Stammtisch werden sollte. Der allgemeine Wunsch ist viel Platz für persönliche Gespräche, keine große Referate sondern eher aktuelle politische Fragen diskutieren. Wir waren von abends sieben Uhr bis weit nach zehn zusammen gewesen und haben bei manchem Gläschen eine Wiederholung für den jeweils letzten Donnerstag eines Monats beschlossen. Gegen 21 Uhr sind Sylvia, Gisela und Alexander direkt aus dem Landtag kommend zu uns gestoßen und haben die neuesten Neuigkeiten aus Stuttgart erzählt. Es war ein gelungener, guter Anfang. Komm Du am 26. Mai, selber Ort und selbe Zeit, dazu (Beginn 19 Uhr im Winzerhaus).

Sonntag, den 1. Mai: Traditionell waren wir Grünen auch diesmal mit einem Stand bei der 1. Mai-Veranstaltung im Stadtgarten

vertreten. Ich war schon in den Jahren vorher immer wieder dabei, aber so viel Aufmerksamkeit und Zuspruch ist uns früher nie Zuteil geworden. Man freut sich mit uns über unseren Erfolg, erwartet aber auch viel von uns.

Am Mittwoch den 4. Mai großes Treffen in der Walhalla: Sylvia informierte uns über die Koalitionsvereinbarung, die noch von den beteiligten Parteien genehmigt werden musste. Sylvia war Mitglied der Grünen-Verhandlungskommission mit der SPD. Neben unserm KV waren Karlsruhe-Land, die KVs Ettlingen, Bruchsal sowie Rastatt mit dabei. Schätzungsweise waren wir rund 100 Personen im Saal, darunter auch Journalisten, Sympathisanten und Interessierte. Gisela wurde mit viel Applaus und Blumenstrauß begrüßt. Sylvia war wie immer große Klasse und hat die Ergebnisse aber auch die Atmosphäre bei den Verhandlungen glänzend vermittelt. Nachher gab es Nachfragen aber keine kontroverse Diskussionen. Der Vertrag trägt wohlthuend eine deutliche Grüne Handschrift. Zustimmung und Applaus im Saal, wie auch am Samstag den 7. Mai bei der LDK in Stuttgart. Dort gab es sogar, so wird erzählt, stehende Ovationen für den künftigen Ministerpräsidenten. Na so was.

Am Dienstag den 3. Mai: Die Wahl von Kretschmann und Vereidigung des Kabinetts. Vor der Wahl knisterte es im Plenarsaal vor Spannung, wie ein Augenzeuge namens Alexander glaubhaft berichtete. Zu den „vier Stimmen mehr“ sind dann noch zwei dazugekommen. Wer das immer war: Vielen Dank! Nun ist Kretschmann Ministerpräsident und unsere Gisela sitzt als

Inhalt

Protokolle	2-3
Termine	4-5
Jörg's Notizen	5
Neuer Ortsverband Südweststadt	6

Aus der Gemeinderatsfraktion:

• Anfragen und Anträge	7
• Bericht aus der GR-Sitzung	8-10
• Nachttanzblockade	11

Aus der Landtagsfraktion:

• Neue Landesregierung	12-13
• Alexander Salomon	14
• Gisela Splett	14
• Ansprechpartnerin Bea Bürker	15

Aus der Bundestagsfraktion:

• Grußwort	16
• Koalitionsvertrag	17
• Gorleben	17
• Atommüll-wohin	18
• Tschernobyl	18
• Atomausstieg	19

Kontakte	20
----------	----

Staatsekretärin mit Stimmrecht im Kabinett! Seit dem ist Winfried in allen Kanälen und Medien präsent.

Am Mittwoch den 4. Mai: Mitgliederversammlung im Kleinen Ketterer. Der Saal war übervoll, über 50 TeilnehmerInnen wurden gezählt. Es gab zwei durchaus kritische Vorträge zu Biogas und zu flüssigen Biokraftstoff. Vorgestellt von unserer Biogasprojektgruppe bzw. von Frau Susanne Köppen vom Institut für Energie und Umwelt aus Heidelberg. Klaus Stapf berichtete über die entsprechenden Aktivitäten der Stadt. Eine kurze Zusammenfassung von den Vorträgen findest Du auf unserer

Hommage. Im Mittelpunkt stand allerdings die Laudatio von Gisela für Renate Rastätter, die 13 Jahre für die Grünen im Landtag war. In ihrem grüngerprägten Leben - sie war quasi von den ersten Stunde dabei- war sie vorher auch Mitglied im Vorstand und Gemeinderat, lange auch als Sprecherin. Durch Ihre feine und vornehme Art, ihren Sachverstand und ihr leidenschaftliches Engagement für die Bildungspolitik –„Kein Kind darf verlorengehen“- war sie die Bildungsexpertin schlechthin, über die Grenzen des Landes bekannt

und geschätzt. Ihre klug gewählten Worte haben in vielen Diskussionen Eindruck gemacht. Sie will sich weiterhin im KV einbringen. Auch dafür vielen Dank Renate!

Am 13. Mai wird ein neuer Ortsverband „OV Südweststadt, Beiertheim und Bulach“ gegründet. Gründungssitzung im „Schwarzen Adler“ mit 22 TeilnehmerInnen. Danke den Hauptinitiatoren Johannes und Michael. Ortsverbände sind enorm wichtig, um Stadtteilpolitik machen zu können, und weil sie auch den Zusammenhalt der Mitglieder und

die Integration von Neumitgliedern fördern. Ihre stadtteilbezogene Aktivitäten sind für den KV nicht genügend hoch einzuschätzen. Mögen weitere OV's folgen.

Es waren wahrlich starke Tage für die Grünen und für den KV.

Herzlichst

Istvan



Protokoll der Sonder-MV am 04.05.11

Anwesend: 98 Mitglieder der KVs Karlsruhe, Karlsruhe-Land, Ettlingen, Rastatt/Baden-Baden, Pforzheim-Enz sowie 15 Gäste.

- 1) Begrüßung der Anwesenden durch Harald Löffel.
- 2) Harald Löffel beglückwünscht Gisela Splett zur Nominierung als Staatssekretärin
Kurze Stellungnahme und Danksagung von Gisela Splett
- 3) Sylvia Kotting-Uhl wird begrüßt. Sylvia startet ihren Vortrag über die Koalitionsverhandlungen.

Stichpunkte über Sylvias Ausführungen.

- SPD war in der glücklichen Situation der Stärke zu wissen, dass die Grünen die Verhandlungen nicht platzen lassen.
- Sylvia erläutert warum die SPD mehr Fachministerien bekommen hat. „Es gibt kein Koch-Kellner-Verhältnis mehr“
- Warum haben die Grünen auf die staatstragenden Ministerien verzichtet? Weil wir unbedingt die Kontrolle über die Ressorts haben wollten, die zur Ökologisierung

Baden-Württembergs gebraucht werden. Aus Erfahrung vergangener Regierungen wollten wir verhindern dort behindert zu werden.

- Die SPD hat deutlich mehr Fachressorts, aber im Kabinett haben die Grünen eine Stimme mehr. Das Grüne Stimmgewicht wird durch den Ministerpräsidenten, eine Staatsrätin und eine Staatssekretärin mit Kabinettsrang erhöht.
- Unter Berücksichtigung der Haushaltsrisiken (EnBW-Ankauf, Pensionslasten,etc.) sind die Haushaltsspielräume gering.

Deshalb wird es eine stringente Priorisierung geben.

- Die finanziellen Risiken durch die EnBW dürfen zu keinen Sicherheitsabstrichen an den Kernanlagen führen. Die Landesregierung will die Kernkraftanlagen schnellstmöglich abschalten, die die schon abgeschaltet sind sollen dauerhaft vom Netz bleiben.
- Der politische Wandel ist besonders deutlich im Bildungsbereich. Deutliche Stärkung der frühkindlichen Bildung, Einführung der Basisschule auf Antrag der Kommunen und Elternschaft. Keine Realisierung konnte bei der Beitragsfreiheit im Kindergarten erreicht werden. Es soll aber eine deutliche Qualitätsoffensive geben.
- Sylvia nimmt zur Presseberichtserstattung Stellung, Mittel aus demografisch bedingt frei werdenden Lehrerstellen sollen in andere Bereiche fließen. Dies verneint sie. Frei werdende Mittel und Stellen verbleiben im Bildungsbereich.
- Die Studiengebühren werden zum Sommersemester 2012 abgeschafft und den Hochschulen aus Haushaltsmitteln ersetzt

(Volumen pro Semester min 130 Mio.)

- Die Atompolitik war zwischen den Koalitionären nicht umstritten. Man wird unabhängig vom Fortgang auf Bundesebene, eine strenge sicherheitsorientierte Kontrolle gewährleisten.
 - Außerdem öffnet sich die Regierung für eine Atomendlagerstandortsuche in BW
 - Verkehrspolitik: Hier waren die Verhandlungen sehr hart. Sylvia geht auf das Interview von Kretschmann ein (weniger Autos, statt dessen Mobilitätskonzepte verkaufen). Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart dass Neubau von Straßen eine richtig gute Begründung braucht. Der Erhalt von bestehenden Straßen wird deutlich priorisiert. Insgesamt wird deutlich mehr Geld in den ÖPNV fließen.
- 4) Offene Diskussion
Fragen aus dem Publikum zu Bürgermeister in den Kreisräten, Landespolizeidirektionen, Verwaltungsassistenzen an Schulen, Besetzung des Integrationsministerium, Gefahr der Rückentwicklung nach einem Regierungswechsel 2016, Warum hat Kultur nur 3 Seiten am Ende des Koalitionsvertrages, Stuttgart 21 und

Wendlingen-Ulm, Senkung der Quoren bei Volksabstimmungen, Wie werden die S21-Gegner am Stresstest beteiligt, Schulsozialarbeit, Frauenanteil in der Landesregierung, Finanzierung der Frühkindlichen Bildung, Atomaufsicht, 2. Rheinbrücke Karlsruhe-Wörth, Chancengleichheitsgesetz, Naturschutz, Kohlekraftwerke, Notariatsreform. Sylvia nimmt zu den Fragen Stellung, bei einzelnen Fragen auch Renate Rastätter.

5) ab hier nur KV Karlsruhe Wahl der Delegierten für die LDK

Es stehen 4 Frauenplätze zur Verfügung. Es kandidieren Renate Rastätter, Ute Drechsel, Gisela Splett und Ulrike Maier. Die vier Frauen werden per Akklamation gewählt.

Offene Plätze stehen auch 4 zur Verfügung. Es kandidieren Henning Reiniger, Alexander Salomon, Mathias Hirth, Ralph Guthschmidt, alle vier per Akklamation gewählt.

Wahl der Ersatzdelegierten Sophie Schmid, Sabine Just-Höpfinger, Sigfried Knapp, Ute Leidig

Protokoll: Alexander Geiger

Protokoll der MV am 11.05.11

- 1) Begrüßung durch Harald Löffel
- 2) Vorstellung der Tagesordnung
- 3) Laudatio/ Würdigung von Renate Rastätter durch Gisela Splett
Übergabe der Präsente. Kurze Dankesrede von Renate Rastätter
- 4) Präsentation der Projektgruppe Bio-Gas (Istvan Pinter und Eric Schödel)
Zentrale Fragestellung: Kann nach heutigen Informationstand der Wechsel zu Bio-Gas empfohlen werden? Folgende Aspekte wurden beleuchtet:
 - Darstellung der Informationsgewinnung,
 - Wie entsteht und was enthält Bio-Gas?

- Wie wird Bio-Gas genutzt?
- Wie funktioniert eine Biogasanlage?
- Wie sieht es in der BRD mit Bio-Gasverwertung aus (Überblick),
 - Wie ist die Energie/Klimabilanz von Bio-Gas?
 - Wie ist die Energie/Klimabilanz von Bio-Methan?
 - Welche Probleme gibt es bei der Erzeugung von Bio-Gas und Bio-Methan?
 - Wann sind Anbaupflanzen umweltgerecht angebaut?
 - Fazit

- Übersicht der Bio-Gas Anbieter (Tschibo/Stadtwerke Karlsruhe/Lichtblick/Naturstrom)
Diskussion
Harald dankt der Projektgruppe vor die Vorbereitung und den Vortrag.
- 5) Klaus berichtet über die energetische Reststoffverwertung in Karlsruhe
- 6) Vortrag Susanne Köppen (Biokraftstoffe: gut für die Umwelt?)
Diskussion
Harald Löffel übergibt das Referentengeschenk.
- 7) Kurzbericht über die Sonder-LDK von Ralph Guthschmidt
Ende: 22 Uhr
Protokoll: Alexander Geiger

mine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Ter

Bekenn´ Farbe: Zeig dich! - CSD in Karlsruhe

Samstag, 04.06.11 um 14.00 Uhr ab Friedrichsplatz

Nach über 10 Jahren gibt es wieder eine Christopher-Street-Day-Parade in Karlsruhe – mit Grüner Beteiligung! Das Rahmenprogramm vom 01. – 05.06 reicht vom Frühstück über Rad- und Wandertouren und Filme bis zur Party – Infos unter <http://www.csd-karlsruhe.de> <<http://www.csd-karlsruhe.de/>>;

Juni-Mitgliederversammlung

Mittwoch, 08.06.11 um 19:30 Uhr im Kleinen Ketterer, Adlerstr. 34

TOP

Planfeststellungsverfahren zur 2. Rheinbrücke - Bericht aus dem Gemeinderat

Nachwahlen Kreisvorstand – wir suchen einen Kassierer/eine Kassiererin und ein weiteres Vorstandsmitglied

Informationen zur OB-Wahl

Kohle aus Kolumbien für Karlsruhe - Hintergründe und Konsequenzen vor Ort

Freitag, 17.06.2011 um 19.00 Uhr, Internationales Begegnungszentrum ibz, Kaiserallee 12
Mit Mauricio Meza Blanco (Menschenrechtsorganisation Compromiso), Laura Pinzón, MdL Gisela Splett und ...

Das Programm ist noch im Entstehen, bitte informiert euch auf unserer Homepage <http://www.gruene-karlsruhe.de>

Die GRÜNEN. Eine Erfolgsgeschichte

Freitag, 01.07.11, 20.00 Uhr, ZKM-Medientheater

Im Rahmen der XX. Baden-Württembergischen Theatertage kommt das Projekt von Viola Hasselberg und Jarg Pataki aus dem Spielplan des Theaters Freiburg nach Karlsruhe. Ein Theaterstück als besonderer, natürlich kritischer Festakt zum 30sten Geburtstag – Infos und Karten unter www.theatertage-bw.de

mine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Termine • Ter

Grüne Zukunftskonferenz

Samstag, 02.07.11 von 10.00 – 18.00 Uhr, Berlin

Mit 14 Workshops von Lebensstilfragen über Politische Gerechtigkeit und Partizipation bis zu UrheberInnenrecht und Informationsfreiheit – der Grüne Zukunftskongress will Ideenlabor sein, Debattenraum und Etappe auf dem Weg zum Wahlprogramm 2013. Unter www.gruene.de könnt ihr euch als InteressentIn eintragen lassen und werdet dann mit Infos und Thesenpapieren versorgt.

24h Lauf für Kinderrechte

**Samstag, 02. – Sonntag, 03.07.11, von 16.00 bis 16.00 Uhr,
Sportplatz der SG Siemens, Hertzstr. 23**

Die GRÜNEN laufen wieder (mit) – wenn ihr dabei sein wollt, als LäuferInnen, bei der Organisation oder beim Rahmenprogramm: Mail oder Anruf genügt, info@gruene-karlsruhe.de, Tel. 0721/2031232.

Juli-Mitgliederversammlung

Am Mittwoch, 13.07.11 um 19.30 Uhr im „Kleinen Ketterer“, Adlerstr. 34

TOP:

Schwerpunkt voraussichtlich Stromwechselkampagne

Finanzanträge Grünes Büro

Jörg's Notizen

Liebe Freundinnen,

es gab eine kleine Pause bei "Jörgs Notizen". Dies war keine Faulheit, sondern schlicht zeitliche Überlastung, weil nur mal g'schwind 5 Links

zusammenklicken soll ja auch nicht sein. Der Wahlkampf - Online und Offline - hatte mich doch mehr in Anspruch genommen, als erwartet.

Diesen Monat geht's dann auch doch noch nicht um die fairen Klamotten, sondern erst mal um Demokratie.

Wie Ihr vielleicht wisst - oder auch nicht - gab es am 13. März in Mainz den grünen Demokratiekongress. Ihr findet Informationen über diesen Kongress unter http://www.gruene.de/no_cache/einzelansicht/artikel/demokratiedebatte-zum-demokratiekongress.html

Ich war dort gewesen, fand ihn sehr interessant und gut organisiert. Basis des ganzen ist das Zukunftsforum, das seit gut einem Jahr existiert und Demokratiethemata debattiert. Dieses hat einen ersten Text

erarbeitet, dass auf der o. g. Seite zur Debatte steht. Ihr könnt ihn dort mit debattieren. Die Öffnung für die Partei kam mit dem Kongress, auf dem in Foren weiter an den Themen entlang diskutiert wurde. Die Berichterstattung dazu findet Ihr hier:

<http://www.sven-giegold.de/2011/kongress-demokratie-2-011-berichterstattung/> oder hier: <http://www.gruene.de/einzelansicht/artikel/live-vom-demokratiekongress.html>

Am 8. Mai war in Berlin dann zum

Teil "Parteiendemokratie" eine Zukunftswerkstatt zum Thema "Innerparteiliche Demokratie", an dem wir gemeinsam mit Claudia Roth und Sven Giegold versucht haben, weitere Thesen und Instrumente als Vorschläge zu entwickeln, die dann mit in den Abschlusstext einfließen sollen. Das Ganze findet sein (vorläufiges) Ende beim Zukunftskongress in Berlin am Wochenende 2. Juli mit eintägigem Kongress und anschließender Sommerparty.

Die erarbeiteten 42 Vorschläge findet Ihr dann hier:

<http://www.sven-giegold.de/2011/zukunftswerkstatt-%E2%80%9Eparteiinterne-demokratie%E2%80%9C-erarbeitet-42-vorschlaege/>

Am 2. Juli wird dann in Berlin der grüne Zukunftskongress stattfinden.

Beginn ist 11:00 Uhr, Ort wird noch bekannt gegeben. Ich finde ihn auch

ein wenig zu kurz geraten. Aber dort ist eine gute Gelegenheit, grüne Themen mal ohne Schere im Kopf zu diskutieren und weiter zu entwickeln.

Und die Partei auch mal "anders" zu erleben. Hier die Nachlese zum

letzten Kongress aus Bielefelder Sicht:
http://www.gruene-bielefeld.de/partei/presse/nachlese_gruener_zukunftskongress/index.htm

! Wäre schön, wenn ein paar Karlsruher mitfahren würden - wer also keine Lust hat, beim 24-h-Lauf mitzumachen.....

Viele Grüße

Jörg

Ortsverband Südweststadt - Beiertheim - Bulach gegründet

Mehrere Jahre haben wir versucht, ein regelmäßiges GRÜNE-Treffen in der Südweststadt zu etablieren, aber die kritische Masse wurde nie erreicht.

Jetzt hat es endlich geklappt: Im Sog des riesigen Landtags-Wahlerfolgs, bei dem es in der Südweststadt mit 42 % das höchste Stadtteil-Ergebnis in Karlsruhe gab, haben 20 Mitglieder den Ortsverband Südweststadt - Beiertheim - Bulach gegründet. Ansprechpartner ist Peter Ballhausen (siehe Kontakte-Seite). Zusätzlich gibt es Ansprechpartner für die drei Stadtteile: Julien Schröder-Gianoncelli für die Südweststadt, Ekkehard Hodapp für Beiertheim und Tobias Jäger für Bulach. Das sind alles Männer, weil leider keine Frau dazu bereit war. Aber das kann ja noch kommen. Die beiden Stadträte Michael Borner und Johannes Honné stellen den Kontakt zur Gemeinderatsfraktion sicher, Harald Löffel ist als Mitglied des Kreisvorstands dabei. Alexander Salomon hat aus dem Landtag



berichtet und will auch weiterhin den Kontakt zum Landtag bilden. Es wurde ein monatliches Treffen vereinbart. Beim nächsten Treffen soll der Verkehr in den drei Stadtteilen das Haupt-Thema sein.

Das ist die erste Gründung im Rahmen eines generellen Anlaufs, möglichst alle Teile des Stadtgebiets mit Ortsverbänden abzudecken. Denn die Mitgliederversammlungen des Kreisverbands sind mit Themen so

gefüllt, dass das persönliche Gespräch eigentlich nur in der Pause möglich ist und so die interne Kommunikation fehlt und die Teilnehmenden keine eigenen Themen aufbringen können. Das sollen die Ortsverbände leisten, so wie es schon seit langem in Durlach und in Rüppurr-Weiherfeld-Dammerstock gelebt wird.

Johannes Honné

Aus der Karlsruher Gemeinderatsfraktion

Auf unserer Fraktions-Website finden sich Übersichten aller Anträge, die von den GRÜNEN an den Gemeinderat gestellt wurden mit der Information, wie sie verabschiedet wurden: <http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion/archiv/archiv.htm>

Neue Anträge und Anfragen für den Gemeinderat

In den letzten Wochen haben wir folgende Anträge und Anfragen gestellt, die dieses Mal schwerpunktmäßig unterschiedliche Aspekte von Umweltpolitik aufgreifen:

Mit einem Antrag zur [Unterschreitung der Energieeinsparverordnung](#) (EnEV) wollen wir bewirken, dass die Stadt und ihre Gesellschaften beim Verkauf von Grundstücken die Regelungen des im Dezember 2009 verabschiedeten Klimaschutzkonzeptes anwendet und in ihren Verträgen die Käufer dazu verpflichtet, in den neuen Gebäuden die jeweils geltenden EnEV um 30 % zu unterschreiten.

Es wird nämlich nicht möglich sein, die Klimaschutzvorgabe zur jährlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen um 2 % zu verwirklichen, wenn sich lediglich die Stadt selbst in ihren Bauvorhaben ambitionierte Vorgaben macht, dies in Bauvorhaben von privaten Bauherren und Vorhabenträgern jedoch nicht umgesetzt wird.

Zahlreiche Untersuchungen haben mittlerweile erwiesen, dass sich die Mehrkosten für eine Unterschreitung der EnEV um 30 % in einem überschaubaren Zeitraum amortisieren. Dies kann Bauwilligen im Zug der Verkaufsverhandlungen in einer kompetenten Beratung durch die Stadt vermittelt werden, und sie von den erheblichen Vorteilen der Reduzierung des Energieverbrauchs durch optimale Wärmedämmung und darauf

abgestimmte Anlagentechnik zu überzeugen.

Mit einem weiteren Antrag schlagen wir vor, das geplante [Stadtjubiläum 2015 klimaneutral und nachhaltig](#) auszurichten.

Die Durchführung großer Veranstaltungen ist in vielerlei Hinsicht mit zusätzlichen Belastungen für Umwelt und Klima verbunden. Mittlerweile gibt es realistische Ansätze, auch Großveranstaltungen nachhaltig und sogar klimaneutral abzuwickeln. Ein viel beachtetes Beispiel ist der 5. Internationale Gospelkirchentag, der im Sommer 2010 in Karlsruhe stattfand.

Stadtverwaltung, KEK und die Stadtmarketing GmbH sollen – u. a. basierend auf den bereits beschlossenen Zielvorgaben im Klimaschutzkonzept (Maßnahme 67) – für das Stadtjubiläum ein Veranstaltungskonzept entwickeln, das sich konkret mit Fragen der Nachhaltigkeit, des Umwelt- und Klimaschutzes befasst und verbindliche Vorgaben für die Durchführung der Veranstaltungen festlegt.

Dabei sind zahlreiche Handlungsfelder relevant, angefangen von der umweltfreundlichen An- und Abreise der BesucherInnen über die Verpflegung mit ökologisch angebauten, regionalen und/oder fair beschafften Lebensmitteln bis hin zu einer klimaneutralen Energieversorgung. Auch soziale Aspekte, insbesondere die Frage der Behindertengerechtigkeit müssen berücksichtigt werden.

Dieses Konzept soll unter fachkundiger Begleitung erarbeitet und soweit möglich schon bei den nächsten Stadtgeburtstagen umgesetzt werden. So können erste Erfahrungen gewonnen und diese bei den jeweils folgenden Veranstaltungen bis hin zum Stadtjubiläum 2015 genutzt werden.

Weitere Informationen zu diesem Themengebiet finden Interessierte

online unter <http://www.gospelkirchentag.de/umweltmanagement.html> oder http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/emas_leitfaden_umweltmanagementsystem.pdf .

In unserem Antrag für ein [Entsiegelungskonzept für die Innenstadt](#) wollen wir erreichen, dass die Stadtverwaltung zunächst beispielhaft für einen Stadtteil eine Kartierung entsiegelungsfähiger Flächen erarbeitet. Darauf aufbauend sollen Maßnahmen zur Entsiegelung und zur Begrünung von entsiegelten Flächen entwickelt werden.

„Der hohe Versiegelungsgrad besonders in der Innenstadt trägt entscheidend zu den starken sommerlichen Hitzebelastungen in Karlsruhe bei“, erläutert Fraktionssprecherin Bettina Lisbach das Anliegen. „Für große Teile der Bevölkerung ist das unangenehm und teilweise auch mit gesundheitlichen Problemen verbunden. Deshalb müssen wir hier gegensteuern.“

Durch die bioklimatisch ungünstige Lage Karlsruhes im Oberrheingraben und als Folge des Klimawandels werden diese Effekte verstärkt (vgl. u.a. <http://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/67972/>).

„Zwar setzen wir uns dafür ein, die Innenentwicklung voranzutreiben anstatt zusätzliche Siedlungsflächen auf der grünen Wiese auszuweisen“, erläutert Anne Segor, Sprecherin der Fraktion für Stadtentwicklung. „Gleichzeitig müssen wir aber dafür Sorge tragen, dass noch ausreichend offene und begrünte Flächen zum bioklimatischen Ausgleich auch im Innenbereich vorhanden sind.“

In Karlsruhe gibt es viele Bereiche in der Innenstadt, die in früheren Jahren großflächig versiegelt wurden, ohne dass sie heute noch entsprechend genutzt werden, wie zum Beispiel einige Flächen entlang der Durlacher Allee zwischen der Durlacher Tor und Ostring. Auch auf vielen städtischen Plätzen,

Parkierungsanlagen und Schulhöfen sind umfangreiche Entsiegelungsmaßnahmen möglich, ohne die Nutzung einzuschränken. Mehr Beschattung und eine stärkere Begrünung können sich unserer Überzeugung nach sogar positiv auf die Qualität der Nutzung auswirken.

Außerdem fragen wir in einem Antrag nach zusätzlichen [Informationen über die Erweiterung des Instituts für Transurane](#) (ITU) am Campus Nord und fordern die Stadtverwaltung dazu auf, bei den an der Planung beteiligten Behörden nach dem aktuellen Planungsstand des Genehmigungsverfahrens für die Erweiterung des ITU zu fragen und diesen im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit vorzustellen.

Darüber hinaus sollen die Erweiterungsplanungen aus unserer Sicht auch in einer öffentlichen Veranstaltung interessierten – und besorgten – Karlsruher BürgerInnen vorgestellt werden.

Das ITU liegt zwar nicht auf Karlsruher Gemarkung, jedoch auf dem Campus Nord des KIT. Daher sind durch dessen Erweiterung auch Karlsruher Belange betroffen und es besteht ein hohes Interesse an Informationen aus erster Hand.

Hintergrund ist, dass das Institut für Transurane laut mehreren Presseberichten einen Erweiterungsbau plant und damit einhergehend unter anderem atomrechtlich beantragt wurde, die Mengen radioaktiver Materialien, mit denen dort gearbeitet werden darf, stark zu erhöhen: auf 80 kg hoch angereichertes und 300 kg schwach angereichertes Uran sowie 450 kg Thorium 232.

Im Bereich Verkehrspolitik stellen wir mehrere Anfragen, um die Diskussion für nächste Schritte hin zu umweltverträglicherer Mobilität zu unterfüttern:

[Mängelbogen für Straßen, Wege, Plätze:](#)

Zunächst gab es einen Radwege-Mängelbogen. Der wurde dann auf Gehwege erweitert; inzwischen ist er das offizielle Formular für

Mängel-Meldungen jeder Art zu öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen. Immer wieder hören wir von Menschen, die vom Mängelbogen Gebrauch gemacht haben, dass die Verwaltung gut und schnell auf ihre Meldung reagiert hat.

Leider ist diese Möglichkeit aber in der Bevölkerung nur wenig bekannt. Insbesondere ist nach unserem Erleben kaum bekannt, dass er nicht nur für den Radverkehr dient, sondern z.B. auch von FußgängerInnen genutzt werden kann. Daher fragen wir danach, wie viele Meldungen und zu welchen Themenschwerpunkten eingegangen sind und wie die Verwaltung mit diesen Bürgerhinweisen umgegangen ist. Außerdem schlagen wir vor, den Mängelbogen offensiver bekannt zu machen.

[Anfrage Elektrofahrräder stärken:](#)

Pedelecs sind inzwischen technisch ausgereift und zu akzeptablem Preis zu erhalten. Sie erhöhen die Fahrgeschwindigkeit und damit die Reichweite von Fahrrädern deutlich; zeitunkritische Erledigungen wären damit gut machbar. Daher fragen wir danach, ob es in der Verwaltung Einsatzmöglichkeiten für Elektro-Fahrräder (Pedelecs) als Ersatz für Kfz gibt.

Wenn einige Dienst-Kfz durch Pedelecs ersetzt werden könnten, würde damit nicht nur ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet, sondern die Verwaltung wäre auch ein Vorbild für private Nachahmung.

Die Stadtwerke Karlsruhe geben eine Gutschrift zwischen 100 und 300 kWh/Jahr beim Kauf eines Pedelecs an natuR-Tarif-Kunden (<http://www.stadtwerke-karlsruhe.de/swka-de/inhalte/service/foerderprogramm/e/elektro-zweiraeder.php>). Damit wird sowohl die Zahl der Ökostrom-Nutzenden erhöht als auch der Umsatz mit Pedelecs angekurbelt – auch zum Nutzen der Fahrradhändler. Aber selbst drei exemplarisch angefragte Karlsruher Fahrrad-Händler mit größerem Pedelec-Umsatz wussten davon

nichts. Daher fragen wir, ob es nicht sinnvoll wäre, dass die Stadtwerke mehr Werbung für ihre Strom-Gutschrift beim Kauf von Elektrofahrrädern für natuR-Tarif-Kunden betreiben.

Außerdem weisen wir auf ein Bremer Projekt (www.pedelec-bremen.de) hin, bei dem es darum geht, bei PendlerInnen für eine Anfahrt per Pedelec zu werben.

[Erdgas-Fahrzeuge in Karlsruhe:](#)

Erdgas verursacht 25 % weniger CO₂-Ausstoß als Benzin (bei Bio-Erdgas noch weniger), 95 % weniger Stickoxide als Diesel und fast keinen Feinstaub. Zudem ist das Motorgeräusch geringer. Erdgas als Kraftstoff kostet 30 % weniger als Diesel und 50 % weniger als Benzin mit gleichem Energiegehalt. In Karlsruhe gibt es drei Erdgastankstellen, so dass auch die nötige Infrastruktur vorhanden ist.

Auch die Reichweite ist inzwischen kein Problem mehr: Moderne Fahrzeuge können mehr als 450 km mit einer Tankfüllung zurücklegen.

Trotzdem sind Erdgas-Fahrzeuge (nicht nur) in Karlsruhe noch selten. Eine Steigerung ihres Anteils wäre wünschenswert.

Daher fragen wir, wie viele Erdgasfahrzeuge derzeit in Karlsruhe gemeldet sind und wie viele Erdgasfahrzeuge die Stadtverwaltung einschließlich städtischer Gesellschaften nutzt.

Wir möchten wissen, welches aus Sicht der Stadt die wahrscheinlichen Gründe für die Zurückhaltung beim Kauf von Erdgasfahrzeugen sind und wie deren Verbreitung in Karlsruhe gesteigert werden könnte.

Weitere Informationen zu einer beispielhaften Kampagne unter www.bremer-erdgasfahrzeug.info.

In einer weiteren Anfrage erkundigen wir uns nach dem Stand der Planungen in Karlsruhe für eine Einführung der [bundeseinheitlichen Behördennummer 115](#).

Bericht aus der Sitzung des Gemeinderates am 19. April 2011:

Einen einstimmigen Erfolg konnten wir für das von uns im Frühsommer 2009 beantragte [Baulandkataster](#) verbuchen: Der Gemeinderat stimmte zu, dass für die östlichen Stadtteile die sofort bebaubaren Flächen nun veröffentlicht werden. Bauwillige können nun viel leichter erkennen, welche der derzeit 348 bebaubaren Grundstücken mit einer Gesamtfläche von knapp 43 ha für sie interessant sind.

Das Baulandkataster für die übrigen Stadtteile soll nach und nach veröffentlicht werden. Insgesamt verfügt die Stadt über ein Flächenpotential von 918 sofort bebaubaren Grundstücken mit einer Fläche von 101 ha! Wir setzen uns dafür ein, diese wertvollen Flächen innerhalb des Stadtgebietes vorrangig zu nutzen, um Neuausweisungen "auf der grünen Wiese" weitgehend zu vermeiden.

Ebenfalls erfolgreich war unser Antrag, einen [Kindergesundheitsbericht](#) – als ersten Schritt eines integrierten Entwicklungs- und Handlungskonzeptes – zu erstellen.

Dieser beleuchtet ein weiteres Handlungsfeld der Armutsbekämpfung. Hierzu hatte unsere Fraktion bereits 2007 und 2008 zwei Anträgen gestellt ([Armut in der Stadt](#) und [Armutseleitlinien](#)) und hatte damit große Resonanz hervorgerufen.

Zwischen Kinderarmut und Kindergesundheit gibt es bekanntermaßen enge Zusammenhänge. Es gilt somit, durch eine detaillierte Berichterstattung die kommunalen Handlungsfelder genauer aufzuzeigen. Das Umwelt- und das Sozialdezernat der Stadt Karlsruhe nahmen die Anregungen und politischen Aufträge gerne an.

„Unser“ grüner Umweltbürgermeister Klaus Stapf sagte in der Sitzung zu, den Kindergesundheitsbericht auf pragmatische Weise erstellen zu

lassen und im Rahmen des Projektes „Gesund aufwachsen in Karlsruhe“ die dann notwendigen Schritte anzugehen. Eine erste strategische Aufgabe für die neue Stelle Gesundheitskoordination im Umweltamt, die bei den diesjährigen Haushaltsberatungen auf unseren Antrag hin geschaffen wurde!

Bei der Diskussion über das vom Gemeinderat längst beschlossene **Landschaftsschutzgebiet Gießbachniederung/Im Brühl** zwischen Durlach und Wolfartsweier sind die bisherigen Positionen erneut bekräftigt worden: Gemeinsam mit uns votierte eine deutliche Mehrheit aus SPD, KAL, FPD, Freien Wählern und Linken dafür, das LSG in den bisher geplanten Grenzen endlich auszuweisen. Nur OB und CDU bestehen darauf, dass die Belange der Wirtschaftsförderung noch mehr berücksichtigt werden und daher die Herausnahme zweier Teilgebiete am Herdweg und Geroldsheck weiter geprüft werden müsse. Da die entsprechende Entscheidung in die Zuständigkeit des OB als Chef der Unteren Verwaltungsbehörde fällt, kann der Gemeinderat hier nur politisch Einfluss nehmen, die Ausweisung aber nicht erzwingen. Wir werden uns mit aller Kraft weiter gegen die Verzögerungstaktik zur Wehr setzen und hoffentlich bei der jetzt anstehenden Ausschussberatung die Gewerbegebietsplanungen mit deutlicher Mehrheit vom Tisch fegen. Wenn das gelingt, sollte die größte Hürde für die LSG-Ausweisung überwunden sein.

In der Diskussion um einen KAL-Antrag, im Zusammenhang mit der vom Karlsruher Gemeinderat abgelehnten, von Land und Region jedoch gewollten **Zweiten Rheinbrücke** für Autoverkehr auf Karlsruher Gemarkung wurden ebenfalls nur die bisherigen Positionen ausgetauscht. Die Stadt sagte zu, den Wunsch nach einer weitergehenden BürgerInnenbeteiligung nach dem Beispiel der Stuttgart 21-Schlichtung an das Regierungspräsidium zu „übergeben“.

Allerdings erklärte sich OB Fenrich auf einen [Ergänzungsantrag](#) von uns hin bereit, endlich die beiden von der Stadt in Auftrag gegebenen pvt-Gutachten zu veröffentlichen, die von einem erheblich geringeren Verkehrsaufkommen ausgehen und daher zu ganz anderen Schlüssen kommen als das Gutachten des Landes – und deren Annahmen bisher von der laufenden Verkehrsentwicklung bestätigt wurden.

Und tatsächlich: Bereits drei Wochen nach der Sitzung wurden sie im Web der Stadt Karlsruhe online gestellt und sind nun für alle Interessierte abrufbar unter <http://www.karlsruhe.de/b3/verkehr/rheinbruecke>.

Nach dem Wechsel der Landesregierung und dem Einzug von Gisela Splett als Staatssekretärin ins Verkehrsministerium wird es in den nächsten Wochen und Monaten hoffentlich gelingen, die Kehrtwende in Sachen Rheinbrücke einzuleiten und die aktuellen Planungen in die Schublade zu verbannen.

In einem Antrag zur [Berichterstattung der TechnologieRegion Karlsruhe](#) (TRK) haben wir kritisiert, dass seit 2004 dem Gemeinderat nicht mehr über laufende Aktivitäten und deren Evaluation berichtet wurde, obwohl dies damals zugesagt worden war – und die Stadt Karlsruhe mit derzeit jährlich über 420.000 € und mehreren Personalstellen den weitaus größten Beitrag zur Ausstattung der TRK leistet.

In ihrer [Antwort](#) beantwortet die Stadtverwaltung unsere Fragen und sagt zu, zukünftig alle 2 Jahre, jeweils vor der Einbringung eines neuen Haushaltes, im Hauptausschuss über die TKR zu berichten.

In der Diskussion erläuterte Ute Leidig unser Anliegen und verwies darauf, dass Karlsruhe in der Mitgliedsversammlung lediglich eine von 15 Stimmen hat. Selbst wenn unser (CDU-)OB dort eine Mehrheitsmeinung des Gemeinderates verträte (z.B. gegen die Zweite Rheinbrücke), würde er

von seinen CDU-KollegInnen aus der Region immer überstimmt. Ein Schelm, der Böses dabei denkt ;-)

In der Diskussion wurde die Kritik von etlichen anderen Fraktionen (außer CDU, FDP und Teilen der SPD) geteilt.

Ziemlich viel Zeit benötigte die Beantwortung unserer Anfrage vom 1. Februar (!) zum [Statusbericht über den aktuellen Baufortschritt am neuen Rheinhafendampfkraftwerk](#) (RDK 8).

Wir hatten danach gefragt, ob wie ursprünglich geplant, noch in 2011 der Probetrieb und im Jahr 2012 die Inbetriebnahme des Kohlekraftwerkes stattfinden werden.

Nachdem die Anfrage von der März-Tagesordnung des Gemeinderates auf April verschoben worden war, weil das Regierungspräsidium die Fragen kurzfristig nicht beantworten konnten, stand dann am 3. März in den BNN, dass es tatsächlich einen Verzug um ein volles Jahr gibt. Vertreter der EnBW ließen verlauten, dies sei bei Großprojekten nicht ungewöhnlich; die überregionale Presse berichtete in der letzten Zeit jedoch mehrfach über grundsätzliche Materialprobleme bei Kohlekraftwerken der neuesten Generation, bei denen der genehmigungsnotwendige hohe Wirkungsgrad mit in der Praxis noch unerprobten Werkstoffen erreicht werden soll (z.B. Spiegel online vom 10. April 2011, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,756087,00.html>).

Auf unsere Anfrage zu [Kürzungen bei den SGB II-Eingliederungshilfen](#), die im Zuge des letztjährigen Sparpaktes der Bundesregierung durchgeführt wurden, haben wir erfahren:

- dass die Eingliederungsleistungen im Jahr 2011 nur noch 11,5 Mio € betragen und im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Mio € gekürzt wurden.
- Dies führte zu einer Reduzierung der Maßnahmenplätze,
- die möglichst proportional auf die unterschiedlichen Zielgruppen umgelegt wurde.
- dass im Jahr 2011 eine Umschichtung von ca. 850.000 € vorgenommen wird, die nicht mehr den Empfängern von Eingliederungsmitteln zur Verfügung stehen, sondern für die Verwaltung des Jobcenters verwendet werden müssen, weil die hierfür vorgesehenen Gelder ebenfalls gekürzt wurden.

Bei den Arbeitsförderungsbetrieben wurden daher die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen und in der Entgeltvariante um über 30 % gekürzt, hier fallen insgesamt 80 Plätze weg. Außerdem fallen die Beschäftigungszuschüsse nach § 16 SGB II ersatzlos weg, von denen 2010 noch 39 Personen profitieren konnten. Es musste eine Sozialarbeiterstelle abgebaut werden.

Wegen des sich verstärkenden Fachkräftemangels ist es unbedingt notwendig, dass SGB II-Leistungsberechtigten mit den Eingliederungsmitteln weiterhin

aktiviert und weiterqualifiziert werden. Nur so haben Sie auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2011 eine Chance. Daher ist eine Kürzung der Eingliederungsmittel kontraproduktiv und verhindert, dass die konjunkturellen Impulse aufgenommen und auf dem Arbeitsmarkt weiterhin wirkungsvoll in die Integration langzeitarbeitsloser AIG II-Empfängerinnen und -Empfänger umgesetzt werden können.

Die vermeintlichen Einsparungen in der aktiven Arbeitsmarktförderung führen somit nicht zu den gewünschten Einspareffekten seitens des Bundes, sondern verlängern den Leistungsbezug der Betroffenen und erschweren ihnen den Weg aus Arbeits- und Perspektivlosigkeit.

Die im Text erwähnten – und im pdf des Rundbriefes verlinkten – Anträge, Anfragen und Pressemitteilungen – sind ebenso wie unsere im Text nicht explizit erwähnten Initiativen (plus Stellungnahmen der Stadtverwaltung, sobald sie vorliegen) im Wortlaut unter <http://www1.karlsruhe.de/Gemeinderat/Gruene-Fraktion> zu finden bzw. können im Fraktionsbüro angefragt werden.

Öffentliche Gemeinderatsvorlagen sind online unter www.Karlsruhe.de / Gemeinderat / Ratsdokumente / Gemeinderat zu finden.

MITTEILUNG AN DIE MEDIEN VOM 18.05.2011

Nachttanzblockade:

GRÜNE, Linke und Freie Wähler für Rücknahme von Bußgeldbescheiden

Illm Nachgang zur Nachtanzblockade am 15./16. Februar 2011 wurden vom städtischen Ordnungsamt bereits über 50 Bußgeldbescheide über einen Betrag von mehr als 200 € ausgestellt.

Die StadträtInnen von GRÜNEN, Linken und Freien Wählern bitten nun in einem gemeinsamen Schreiben an den Oberbürgermeister, diese Bußgeldbescheide zurück zu nehmen.

„Wir halten ein Bußgeld für völlig unangemessen, weil die Nachtanzblockade Mitte Februar durchweg friedlich und gewaltfrei verlief“, so die unterzeichnenden StadträtInnen in einer Pressemitteilung. „Die Versammlung war ganz gezielt so organisiert worden, dass Bevölkerung und auch der öffentliche Verkehr nicht

beeinträchtigt wurden. Mehrere TeilnehmerInnen aus unseren eigenen Reihen bestätigen das.“

Angesichts der Ereignisse in Fukushima zeigt sich zudem sehr deutlich, dass der friedliche Protest gegen die Nutzung von Atomenergie von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen wird. Die Verhängung von Bußgeldern bei friedlichen Anti-Atom-Aktionen wird dagegen von großen Teilen der Bevölkerung als ungerecht und unangemessen empfunden.

Die StadträtInnen weisen darauf hin, dass das Bundesverfassungsgericht mit seinem Beschluss vom 7. März 2011 bestätigt hat, dass Sitzblockaden einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung leisten können und dass sie damit unter den Schutz der Versammlungsfreiheit fallen.

Da die Teilnahme an friedlichen und gewaltfreien Aktionen gegen die Atomenergie einem hohen Verantwortungsbewusstsein gegenüber Mensch und Umwelt entspringt, sollte eine bürgernahe Verwaltung hier auf Bußgeldforderungen verzichten

Die unterzeichnenden StadträtInnen und Stadträte setzen sich deshalb in ihrem Brief dafür ein, dass die Stadt Karlsruhe die im Rahmen der Nachtanzblockade verhängten Bußgeldbescheide zurück nimmt. Die Verwaltung hat hier Ermessensspielräume, die zugunsten der TeilnehmerInnen an der Nachtanzblockade ausgelegt werden sollten.

„Wir wollen, dass Karlsruhe als Stadt des Rechts mit friedlichen Versammlungen und Demonstrationen offen und großzügig umgeht“, heißt es abschließend.

AUS DER LANDTAGSFRAKTION



Dr. Gisela Splett

Breslauer Str. 43D, 76139 KA, Tel. 9 68 71 86
 Gisela.Splett@gruene.landtag-bw.de
 Mitarbeiter: Alexander Geiger, 0711/2063-966, Mo-Mi 9-16 h

Alexander Salomon

Gondelsheimer Str. 1, 76139 KA, Tel. 0172/9477016
 Alexander.Salomon@gruene.landtag-bw.de
 Mitarbeiterin: Bea Bürker, 0711/2063-623, Mo-Do 8-16 h



Aus der Landtagsfraktion

Die erste Grün-Rote Landesregierung nimmt ihre Arbeit auf

Geschafft! Die erste Grün-Rote Landesregierung ist im Amt. 46 Tage nach dem Wahlsieg wurde das Kabinett am 12.05.2011 vereidigt. Mit dem Koalitionsvertrag „Der Wechsel beginnt“ haben sich die beiden Partner eine ambitionierte Leitschnur für die nächsten fünf Jahre gegeben. Es wird nicht einfach. Die Mehrheitsverhältnisse im Parlament sind knapp. Grün-Rot verfügt über 71, Schwarz-Gelb über 67 Mandate. Umso wichtiger wird die Dialogkultur sowohl zwischen den Koalitionären als auch zwischen Regierung und Bevölkerung sein. Auch der Umgang mit der Opposition wird anders werden als er unter Schwarz-gelb war. Kretschmann hat schon angekündigt, dass gute Vorschläge aus der Opposition berücksichtigt werden. Hauruck à la Mappus gibt es jetzt nicht mehr.

Grüße Alexander Geiger



Kabinett und Fraktionsspitze

Nachdem das gemeinsame inhaltliche Fundament mit dem Koalitionsvertrag legt wurde standen noch personelle Entscheidungen an. Hier ein Überblick, wer was im grün-roten Kabinett und in der Grünen Fraktion geworden ist

Ministerpräsident	Winfried Kretschmann	Grüne
Minister für Finanzen und Wirtschaft	Nils Schmid	SPD
Ministerin im Staatsministerium	Silke Krebs	Grüne
Minister für Inneres	Reinhold Gall	SPD
Minister für Justiz	Rainer Stickelberger	SPD

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport	Gabriele Warminski-Leitheußer	SPD
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Theresia Bauer	Grüne
Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren	Katrin Altpeter	SPD
Minister für Verkehr und Infrastruktur	Winfried Hermann	Grüne
Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Franz Untersteller	Grüne
Minister für Ländlicher Raum und Verbraucherschutz	Alexander Bonde	Grüne
Ministerin für Integration	Bilkay Öney	SPD
Minister für Angelegenheiten des Bundesrates, Europa und internationale Angelegenheiten	Peter Friedrich	SPD
Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung	Gisela Erler	Grüne
Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur mit Kabinettsrang	Gisela Splett	Grüne

Politische Staatssekretäre

Ministerium für Finanzen und Wirtschaft	Ingo Rust	SPD
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport	Frank Mentrup	SPD
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst	Jürgen Walter	Grüne

Grüne Landtagsfraktion

Fraktionsvorsitzende	Edith Sitzmann
Stv Fraktionsvorsitzender und parlamentarischer Geschäftsführer	Uli Sckerl
Stv Fraktionsvorsitzende	Charlotte Schneidewind-Hartnagel
Stv Fraktionsvorsitzende	Andrea Lindlohr
Stv Fraktionsvorsitzender	Andreas Schwarz

Alexander Salomon



Liebe LeserInnen,
als einer der 36 grünen
Landtagsabgeordneten hatte ich

seit der Wahl sehr spannende
Wochen. Man lernte die neuen
KollegInnen kennen, versuchte
einen Fachbereich und
Ausschusssitze für die eigenen
Hauptthemen zu gewinnen und im
eigenen Büro heimisch zu werden.
Bei der Fraktionsklausur am 17.
und 18. Mai wurde ich für den
Wissenschafts-, den Innen- und
den Petitionsausschuss nominiert.
Fachpolitisch werde ich
hauptsächlich für die Bereiche
Medien- und Netzpolitik, sowie
Hochschulpolitik zuständig sein.
Außerdem werde ich zusammen

mit Gisela als
Betreuungsabgeordneter für die
Wahlkreise Bretten und Ettlingen
verantwortlich sein. In den nächsten
fünf Jahren haben wir einige
entscheidende Weichenstellungen
für ein ökologischeres und
sozialeres Baden-Württemberg
vorzunehmen. Ich freue mich drauf.

Grüße

Alexander Salomon

Gisela Splett - Staatssekretärin im Ministerium für Verkehr und Infrastruktur



Im Spitzenteam zur Landtagswahl
verkörperte Gisela Splett den
Themenbereich Ökologie. Nun hat
Winfried Kretschmann sie zur
Staatssekretärin mit Kabinettsrang
berufen. Im neuen Ministerium für
Verkehr und Infrastruktur soll sie
unter anderem um das Thema
Lärmschutz, kümmern.

Die Verkehrsprojekte in der
Region wird sie noch intensiver als

bisher begleiten können. Momentan
sind Gisela und Winne Hermann mit
dem Aufbau ihres Ministeriums
beschäftigt. Man bzw. frau stellt sich
den MitarbeiterInnen vor, sucht sich
die richtigen AnsprechpartnerInnen
und steigt in das
Regierungshandeln ein. Die
Motivation ist sehr hoch, immerhin
wartet Baden-Württemberg schon
sehr lange auf eine ökosoziale
Ausgestaltung der Landes- und
insbesondere auch der
Verkehrspolitik.

Ansprechpartnerin im Stuttgarter Büro – Bea Bürker



Liebe Mitglieder,

liebe KarlsruherInnen

ja, ich bin die neue Mitarbeiterin von Gisela Splett und Alexander Salomon für das Stuttgarter Büro. Dienstag bis Donnerstag bin ich von 7.30 – 15.00 Uhr unter 0711/2063 – 623 zu erreichen und freue mich über eure Anrufe. J. Sicherlich möchtet ihr Näheres über die Neue erfahren? Sehr gern! Nächste Woche mache ich mein halbes Jahrhundert voll und

werde dies ohne Gräuel mit vielen Freunden, meinem Mann (mit dem ich seit fast 30 Jahren glücklich verheiratet bin), meinen 3 erwachsenen Kindern (2 Studenten, 1 Abiturientin) ausgiebig feiern!

Das grüne Tübingen ist mein Heimatort. Dort habe ich vor einigen Jahren als Kreisgeschäftsführerin mein grün-politisches Werkeln gestartet. Zuvor haben mich mehrere Bildungs- und Umweltprojekte (wie z.B. 2003 die Realisierung einer PV-Gesellschafter-Anlage auf einem Schuldach) in Atem gehalten.

Während der Zeit im Tübinger Grünen Büro organisierte ich den Gemeinderatswahlkampf mit und kandidierte selbst für AL/Grüne. Mit der Zweitstärksten Stimmenzahl insgesamt wurde ich in den

Tübinger Gemeinderat gewählt. Im Ortschaftsrat meines kleinen 1300 Seelendorfs war ich bereits in der 3. Legislaturperiode. Mit Boris Palmer zog ich während der OB-Wahl durch die Dörfer und unterstützte ihn dort intensiv in seinem Wahlkampf. Als Boris nach gewonnener OB-Wahl den Landtag verließ, folgte ich mit der Nachrückerin Ilka Neuenhaus als Büro-Mitarbeiterin in den Landtag.

Nach der Landtagswahl sind nun alle Würfel neu gefallen. Da mein lieber Kollege Alexander Geiger sich für das Wahlkreisbüro entschieden hat (ich werde ihn in Stuttgart vermissen), bin ich nun hier und gebe mein Bestes. Weitere Infos gibt's, wenn gewünscht, dann gerne persönlich.

Eure Bea Bürker

Zum Schluss: Danke Renate!



AUS DEM BUNDESTAG

**MdB Sylvia Kotting-Uhl**

Wahlkreisbüro Karlsruhe, Sophienstraße 58, 76133 Karlsruhe
Mitarbeiterin: Babette Schulz, Tel.: 0721 - 151 86 - 87, Fax: 0721 - 151 86 - 90
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@wk.bundestag.de

Büro Berlin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 747 42, Telefax: 030 - 227 767 42
E-Mail: sylvia.kotting-uhl@bundestag.de

Liebe Karlsruher Freundinnen und Freunde,

der Juni wird im Bundestag von Atom-Debatten geprägt sein. Atomausstieg/Energiewende/Netzausbau – die Bundeskanzlerin will den ganz großen Wurf und dafür den ganz großen Konsens. Sie lässt unter der Leitung von Klaus Töpfer eine Ethik-Kommission tagen – die allerdings nicht über ethische Verantwortbarkeit der Atomkraft debattiert, sondern über Wirtschaftlichkeit, Strompreise und Laufzeitjahre. Die RSK (Reaktor-Sicherheits-Kommission) unterzieht derzeit die AKW einem Stresstest. Auch hier gibt der Name mehr her als die Wirklichkeit, denn die Antworten auf die Fragen was ihre AKW aushalten geben die Betreiber. Trotzdem zeichnet sich ab, dass die derzeit abgeschalteten AKW vom Netz bleiben und der neue Atomausstieg sich vom Abschaltjahr des letzten AKW her ungefähr so wie der alte rot-grüne darstellen wird. Nicht wegen Ethik-Kommission und Stresstest, sondern wegen der berechtigten Sorge der Kanzlerin noch mehr Wahlen zu verlieren. Deshalb muss sie ihrem Moratorium nachträglich Glaubwürdigkeit verleihen. Ein parteiübergreifender Konsens würde im Sinn einer Unumkehrbarkeit des Atomausstiegs Sinn machen und die Wirtschaft auf die Zuverlässigkeit der politischen Rahmenbedingungen vertrauen lassen – die Bundesregierung muss dafür allerdings mehr vorlegen als ein greenwashing ihrer Politik. Dabei geht es um weit mehr als das Endjahr des Atomausstiegs.

Nach vier Wochen Koalitionsverhandlungen in Stuttgart, einer Woche Regionalkonferenzen zum Ergebnis der Verhandlungen im Land und der LDK am 7. Mai war mein erster Akt zurück in Berlin das lange vorbereitete Fachgespräch zur Rückholbarkeit am 9. Mai. „Soll Atommüll oben bleiben?“ - dem immer lauter werdenden Ruf nach einem Abschied von einer Vorstellung der „Endlagerung“ antworte ich nach diesem Fachgespräch, das geologische, strahlenschutzrechtliche, gesellschaftliche Aspekte aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet hat, Nein. Es gilt ein Konzept der „Bergbarkeit“ zu entwickeln, das hat mit der Konsistenz und langen Haltbarkeit der Behälter und ihrer Lagerung zu tun. Das Offenhalten eines unterirdischen oder gar ein oberirdisches Dauerlager für Hunderte oder Tausende von Jahren scheint mir nicht verantwortbar. Im Kern müssen wir die Frage beantworten, ob wir mehr auf die Sicherheit geologischer Barrieren oder mehr auf die Stabilität zukünftiger gesellschaftlicher Bedingungen vertrauen. Klar ist, dass es eine „gute“, eine befriedigende Lösung nicht geben wird. Die Produktion von Hunderttausende von Jahren strahlendem Atommüll ist die größte Schuld die die Industrienationen auf sich geladen haben. Von ihr können wir die nachfolgenden Generationen nicht mehr befreien. Unter den schlechten Lösungen müssen wir die relativ beste mit großer Sorgfalt auswählen. Aber wir dürfen nicht auch noch das Problem dieser Auswahl den nachfolgenden Generationen zuschieben. Die Verantwortung der Lösung und auch die Kosten dafür haben wir zu tragen.

Die Aufgabe, den bestgeeigneten Standort in einer transparenten ergebnisoffenen Suche zu finden, können wir nicht delegieren – weder ins Ausland noch in die Zukunft. Was für ein positives Zeichen, dass Baden-Württemberg sich als erstes Bundesland zur Unterstützung dieser Endlagersuche bereit erklärt hat.

Mit herzlich-grünen Grüßen

Eure

Sylvia Kotting-Uhl

+++ Alle Informationen zu meiner Arbeit als atompolitische Sprecherin auf www.kotting-uhl.de +++

Koalitionsvertrag

Der erste Grün-rote Koalitionsvertrag auf Länderebene steht! Dies ist für uns alle ein Grund zum Feiern – und natürlich ein großer Auftrag.

[wir haben die innovationsministerien.html](http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/380/380486.freude_ueber_splets_posten.html)

<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/lukrative-atom-millionen-ersetzen/>



Dass fast 100 Grüne Mitglieder der Einladung zur Vorstellung und Diskussion des Koalitionsvertrags in der Karlsruher Walhalla gefolgt sind, freut mich sehr. Einige meiner Einschätzungen zum von mir mit verhandelten Koalitionsvertrag findet Ihr hier: <http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/380/380484>.

Besonders freue ich mich auch darüber, dass die neue Staatssekretärin Gisela Splett mit am Kabinetttisch sitzen wird. http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/380/380486.freude_ueber_splets_posten.html Nun gilt es trotz - und mit - der EnBW die Energiewende in Baden-Württemberg einzuleiten:

Den Wortlaut des Vertrags findet Ihr auch hier: http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dokbin/379/379141.der_wechsel_beginnt_der_koalitionsvertrag.pdf

Medienecho: <http://www.mainpost.de/regional/main-tauber/Nadelstiche-koennen-die-rot-gruene-Euphorie-nicht-trueben;art21526.6135178>



PUA Gorleben

Der Gorleben-Untersuchungsausschuss hat seine Arbeit wieder aufgenommen. Einen ersten Kurzbericht dazu findet Ihr hier: http://www.bundestag.de/presse/hib/2011_05/2011_199/01.html

Wohin mit dem Atommüll?



diskutiert wurden Endlagerkonzepte europäischer Nachbarländer, geologische und Strahlenschutzaspekte, Argumente zur Rückholbarkeit und viele weitere Faktoren rund um diese brisante und wichtige Frage. Mehr dazu:

[uhl.de/cms/default/dok/380/380135.soll_atommuell_oben_bleiben.html](http://www.kottinguhl.de/cms/default/dok/380/380135.soll_atommuell_oben_bleiben.html)

Presseecho zum Fachgespräch: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/197294.zweifel-am-prinzip-deckel-drauf-und-zu.html>

Die Situation im Atommülllager Asse wird immer bedrohlicher: <http://www.ndr.de/regional/niedersachsen/harz/assestrahl101.html>

Am 9. Mai habe ich zu einem **Fachgespräch** im Bundestag zum Thema „**Soll Atommüll rückholbar endgelagert werden?**“ eingeladen. 77 Vertreter/innen aus Forschung, Wirtschaft und Politik sind meiner Einladung gefolgt. Vorgestellt und

http://www.kottinguhl.de/cms/default/dok/380/380388.soll_atommuell_rueckholbar_endgelagert_w.html

Meine Position dazu könnt Ihr in meinem Fachbeitrag „**Soll Atommüll oben bleiben?**“ nachlesen: <http://www.kotting->

Die Antwort darauf kann nur eine schnelle Rückholung des Atommülls sein:

<http://www.google.com/hostednews/afp/article/ALeqM5hd6IJ-8JwawCcsDHYPKASBsEfzSg?docId=CNG.95a1efd1076f3c88890ef3b9dd80c7af.4f1>

25 Jahre nach Tschernobyl



Auf Einladung des BUND und des AK Weißrussland habe ich den Abschlussvortrag der Veranstaltungsreihe und Ausstellung „25 Jahre Tschernobyl“ gehalten.

Rund 100 Teilnehmer/innen waren ins Karlsruher Ständehaus gekommen, um Antworten auf die Frage „Atommüll wohin?“ zu finden .

In der anschließenden Diskussion erinnerte Wilhelm Knobloch,





Ullrich Lochmann, Armin/BUND, Sylvia, Zeitzeuge Nikolaj Bondar und Ehefrau

engagierter Atomkraftgegner „der ersten Stunde“ daran, wie viel Atommüll noch in Karlsruhe lagert.

Einen Kurzbericht dazu findet Ihr hier: <http://www.kotting->

uhl.de/cms/default/dok/380/380822.a_tommuell_wohin.html

Angesichts dessen scheint fast eine kleine Randnotiz zu sein, dass seit Tschernobyl 238 Mio. Euro als Ausgleich für kontaminiertes Fleisch gezahlt worden sind: <http://www.noz.de/deutschland-und-welt/politik/53675488/238-millionen-fuer-spaetfolgen>

25 Jahre nach Tschernobyl und 2 Monate nach Fukushima bin ich auf Einladung der japanischen Grünen zur Vortragsreihe vor Ort:

<http://www.ka-news.de/region/karlsruhe/Karlsruher-Bundestagsabgeordnete-reist-nach-Japan;art6066,623099>

Mehr dazu nach meiner Rückkehr.

Atomausstieg und Sicherheit deutscher AKWs

Dass der Atomausstieg nun deutlich schneller kommen soll, ist zwar ein Schritt in die richtige Richtung:

<http://www.derwesten.de/nachrichten/wirtschaft-und-finanzen/CDU-diskutiert-ueber-Ausstiegsdatum-fuer-AKW-id4605304.html>

Der Stresstest taugt aber nicht als Entscheidungsgrundlage – hier meine Pressemitteilung dazu:

http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dok/381/381003.akwstresstest_viel_brimborium_wenig_stre.html

Presseecho: <http://www.n-tv.de/politik/AKW-Stresstest-in-der-Kritik-article3338371.html>

und http://www.rp-online.de/politik/deutschland/Atom-Experten-legen-Roettgen-Ergebnisse-vor_aid_999101.html

Der Bericht der Reaktorsicherheitskommission:

http://www.kotting-uhl.de/cms/default/dokbin/381/381127.anlagenspezifische_sicherheitsueberpruefung.pdf

Die Prüfliste des AKW-Stresstests ist zu schwammig und geht nicht weit genug. Die Unterlagen zum Stresstest müssen auf den Tisch: <http://www.fr-online.de/politik/stress-beim-stresstest/-/1472596/8445042/-/index.html> und

<http://www.tagesspiegel.de/politik/tennenz-zum-verfassungsbruch/4139890.html>

Wer bei dieser Prüfung Strippen zieht, könnt Ihr hier nachlesen: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.sicherheit-von-kernkraftwerken-atomaufseher-fuehlen-sich-kaltgestellt.cf01ab93-874a-4447-9bf0-750eb59ac312.html>

Den Ergebnisbericht der von der Landesregierung am 14.März eingesetzten Expertenkommission zur Überprüfung der Kernkraftwerke Neckarwestheim und Philippsburg findet Ihr hier (101 Seiten): http://www.baden-wuerttemberg.de/fm7/2028/Ergebnisbericht_Expertenkommission_BW.pdf

Pressemeldung dazu: <http://www.baden-wuerttemberg.de/sixcms/detail.php?id=251772>

Der Abriss der AKWs wird teuer. Die Atomkonzerne sind gesetzlich verpflichtet, Rücklagen sowohl für den Abriss ihrer Anlagen als auch für den Bau und Betrieb von Atommüll-Lagern zu bilden. Diese Rücklagen müssen zügig in einen öffentlichen Fonds überführt werden:

<http://www.fr-online.de/politik/aerger-um-kriegskasse-der-konzerne/-/1472596/8340970/-/index.html>

Noch ein Grund für den raschen Atomausstieg: Die große Anzahl an „Leiharbeitern“ in AKWs und deren gesundheitsgefährdende Strahlenbelastung. Die Grenzwerte der zulässigen Strahlungsbelastung müssen unbedingt gesenkt werden: <http://www.freitag.de/politik/1116-75-prozent-st-rker-belastet>

GRÜNE KONTAKTE

Bundes- und Landtagsabgeordnete:

(siehe Bundestags- bzw. Landtags-Seiten)

Bürgermeister für Umwelt, Klima und Gesundheit:

Klaus Stapf, Reutstr. 5, 76228 KA, Tel. 40 32 35
Rathaus, 76124 KA, Tel. 133-1050, dez5@karlsruhe.de

REGIONALVERBAND MITTL. OBERRHEIN:

Johannes Honné, stell. Fraktionsvorsitzender
Vorholzstr. 52, 76137 KA, Tel. 8198887

BÜRO DER GEMEINDERATSFRAKTION:

Karin Wolff, Gabi Schiller
Hebelstr. 13 · 76133 KA, Tel. 2 91 55, Fax 2 9156
Mo - Fr 9 -14 Uhr, gruene@fraktion.karlsruhe.de

GEMEINDERATSMITGLIEDER:

Bettina Lisbach, *Fraktionssprecherin* (Umwelt, Finanzen, Haushalt, Stadtentwicklung, Energie, Verkehr)
Ernststraße 95, 76131 Ka, Tel. 0172 6181 394

Anne Segor, *stellv. Fraktionssprecherin* (Stadtentw., Kultur, Frauen, Schule), Lebrechtstr. 28, 76199 Karlsruhe, Tel. 8210135

Michael Borner (Soziales, Wirtschafts- und Arbeitsförderung, Tierschutz)
Brauerstr. 45, 76137 KA, Tel. 0176 67 50 30 15

Alexander Geiger (Demokratie, Energie, Bauen, Gesundheit, Schwule)
Scherrstr. 4, 76137 KA, Tel. 9 33 84 54

Uta van Hoffs (Wirtschaft/Arbeit, Jugend, Schule)
Geranienstr. 14, 76185 KA, Tel. 3814711

Johannes Honné (Verkehr, Umwelt, Bauen, Naturschutz, Demokratie)
Vorholzstr. 52, 76137 KA, Tel. 8198887

Tanja Kluth (Frauen, MigrantInnen, Tierschutz, Lesben)
Reichenbachstr. 12, 76227 KA, Tel. 0170 - 1 61 84 35

Dr. Ute Leidig (Verwaltung/Personal, Sport, Kultur)
Kastenwörtstr. 40, 76189 KA, Tel. 9 57 32 73

Dr. Dorothea Polle-Holl (Gesundheit, MigrantInnen, Jugend, Soziales, Schule)
Willi-Egler-Str. 14, 76189 KA, Tel. 57 41 48

Manfred Schubnell (Haushalt/Finanzen, Verwaltung/Personal, Sport)
Palmaienstr. 1, 76227 KA, Tel. 9 43 03 98

ORTSCHAFTSRAT DURLACH:

Winnie Kratzmeier-Fürst

Badenerstr. 43B, 76227 Karlsruhe, Tel. 40 68 38
Ralf Köster, Säckinger Str. 10, 76227 KA, Tel. 49 49 89
Dietmar Maier Im Blumenwinkel 56, 76227, Tel. 94 14 961
Martin Pötzsche, Lußstr. 40, 76227, Tel. 48 48 423
Dr. Heike Puzicha-Martz, Hildebrandstr. 31a, Tel. 49 43 98
Gerhard Stolz, Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSCHAFTSRAT GRÖTZINGEN:

Karl Berger, Durlacher Str. 62, 76229 KA · Tel. 48 17 20
Birgit Hauswirth-Metzger, Im Jäger 19, 76229, Tel. 55 4124
Titus Tamm, Karl-Leopold-Str. 4, 76229 KA, Tel. 48 32 10
Dr. Gabriele Vorberg, Schultheiß-Kiefer-Str. 15a, 76229 KA, Tel. 94 83 555

ORTSCHAFTSRAT NEUREUT:

Klaus Junker, Fichtenweg 1, 76149 KA, Tel. 70 04 06
Karin Heidke, An den Vogelhardt 1, 76149, Tel. 78 20 748

ORTSVEREIN Südweststadt-Beiertheim-Bulach

Peter Ballhausen, Gebhardstr. 5, 76137, Tel. 9 76 66 87

Bei Unzustellbarkeit Anschriftenberichtigungskarte an:
GRÜNE, Sophienstr. 58, 76133 KA

Deutsche Post 
INFOPOST

GRÜNES BÜRO - REGIONALBÜRO Mittl. OBERRHEIN:

Ursula Häffner

Sophienstr. 58, 76133 KA, Tel. 20 31 23 2, Fax 20 31 234
info@gruene-karlsruhe.de .. www.gruene-karlsruhe.de
Sprechzeiten Mo + Fr 9-13 Uhr und Mi 14 - 18 Uhr

Bankverbindung

GRÜNE Karlsruhe, Konto 80 33 44 13 00, BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank eG

KREISVORSTAND:

Sitzung (fast) jeden Mittwoch um 19:30 Uhr im Grünen Büro:

Istvan Pinter, Rastatter Str. 16, 76199 KA, Tel. 88 79 34

Harald Löffel, Tel. 6238547

Sabine Just-Höpfinger, Am Sixenrain 7, 76199 KA,
Tel. 886044, sjh@gmx.net

Doris Maier-Göckel, Lavendelweg 19, 76149 KA,
Tel. 73778, dmaiergoeckel@gmx.de

Alexander Salomon (Kassierer), Gondelsheimer Str. 1,
76139 KA, Tel. 0172/9477016 , alexsal@web.de

Arbeitskreise:

AK Frauen: Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

AK Klima: Mitja Weinert, (01 51) 10 77 60 17,
Mitja.Weinert@gmx.de

AK Lesben und Schwule: Alexander Geiger,
ao-hga@web.de

AK Verkehr: Tim Wirth Tel. 82 65 70,
Johannes Honné Tel. 8198887

AK Familie: Johannes Honné Tel. 8198887,
Dorothea Polle-Holl, Tel. 57 41 48

Grüne Jugend: sprecher@gruene-jugend-karlsruhe.de

Nadja Idler, 76137 KA,
eMail: nadja_idler@gmx.de, mobil:

Zoe Mayer, Paul-Ehrlich-Str. 9, 76133 Karlsruhe
eMail: zoeMmayer@gmx.de

ORTSVEREIN Durlach:

Dr. Hildegund Brandenburg, Badenerstr. 21, 76227 KA,
Tel. 42 89 8

Wolfgang Semmler, Bienleinstorstr. 37, 76227 KA,
Tel. 406252

Cordula Sailer, Wilhelm Mössingerstr. 14, 76229 KA,
Tel. 43 268

Gerhard Stolz (Kasse) Eckhardstr. 21, 76227, Tel. 49 4323

ORTSVEREIN Rüppurr · Weiherfeld · Dammerstock:

Matthias Voigt, Seewiesenäckerw. 57, 76199, Tel. 9890361
Uschi Blombach, Seewiesenäckerw. 31, 76199, Tel. 8302281

Eva-Elisabeth Herold

Am Rüppurrer Schloß 5, 76199 KA, Tel. 88 34 01

Herausgeber Bündnis 90 / Die Grünen, Kreisverband Karlsruhe-Stadt

Redaktion Sigfrid Knapp (GruenerRuBriKa@web.de)

Druck Rufdruck Druck- und Verlags GmbH, Karlsruhe

Auflage: 250 Exemplare gedruckt, ca. 200 per Mail

Gedruckt auf Umweltpapier